

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat (rei Haus 2 RM, Halbmonatlich 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-2 / Geschäftsstelle und Expedition: Osterbahnpoststr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 239 / Postfachkonto Dresden Nr. 13 553, Emil Schlegel-Straße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Schriftleitung: Dresden-2, Osterbahnpoststr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 239 / Drahtanschl.: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Donnerstags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Restzeile einschließlich an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-2, Osterbahnpoststr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Schriftleitung: Dresden-2, Osterbahnpoststr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 239 / Drahtanschl.: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Donnerstags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang

Montag, den 24. Januar 1927

Nummer 19

Gegen den Bürgerblock!

Gemeinsamer Kampf für die Forderungen der Werktätigen!

Bankkapitalisten, Industriearbeiter und Junker schiden sich an, mit Hilfe der Regierung des Bürgerblocks die Nationalisierungsoffensive gegen die Arbeiterklasse zu vereiteln und die politische Reaktion zu vollenden. Der Reichspräsident Hindenburg hat die Führung bei der Bildung des Reichsbürgerblocks übernommen. Der Reichsbannerführer Dr. Winterhagen, der einstige Gegenkandidat des Zentrums und der Sozialdemokratie gegen Hindenburg, ist dabei das Werkzeug Hindenburgs und der monarchistischen Reichtumspartei.

Das Zentrum sucht seine Zustimmung zum Bürgerblock durch ein Programm zu verschleiern, das in allen entscheidenden Punkten den Forderungen Hindenburgs entgegenkommt.

Hindenburg will die konterrevolutionäre Reichswehr stärken und ihren Geßler retten. Das Zentrum ist damit einverstanden.

Hindenburg will eine Sozialpolitik nach den Wünschen der Unternehmer. Das Zentrum ist damit einverstanden. Hindenburg will die Aufrechterhaltung der weit über acht Stunden hinausgehenden Arbeitszeit. Das Zentrum ist damit einverstanden. Hindenburg will die Erweiterung — Abbau der Erwerbslosenfürsorge. Das Zentrum ist damit einverstanden.

Hindenburg will neue Zollerhöhungen und Steuererleichterungen für die Bourgeoisie. Das Zentrum ist damit einverstanden.

Hindenburg will die Verfassung der Schule und die Unterdrückung jeder freiheitlichen Bewegung. Das Zentrum ist damit einverstanden.

Hindenburg will die Verschlechterung des Wahlrechts. Das Zentrum ist damit einverstanden.

Hindenburg will eine aktive imperialistische Politik und steigert dadurch die Kriegsgefahr. Das Zentrum ist damit einverstanden.

Hindenburg will die politische Ausschaltung und wirtschaftliche Vernichtung des Kleinbürgertums. Das Zentrum ist damit einverstanden.

Die sozialdemokratischen Führer haben sich monatlang an dem Ruhhandel um die Regierungsbildung beteiligt und nach ihrem eigenen Geständnis sich bis zur Selbstauflösung mit einer bürgerlichen Regierung einverstanden erklärt. Sie haben dadurch die Bildung des Reichsbürgerblocks ermöglicht, statt die Massen zum Kampf gegen die drohende Gefahr zu mobilisieren. Die Sozialdemokratie versteckt sich jetzt hinter dem Zentrum und erwartet von ihm, natürlich vergeblich, den Kampf gegen Hindenburg.

burg, hat selbst den Kampf gegen Hindenburgs Bürgerblock sofort mit aller Schärfe aufgenommen.

Die Gewerkschaften schweigen. Kein Wort mehr, selbst von den minimalen Forderungen, die sie noch gegenüber Curtius aufstellten. Dabei ist nichts dringlicher als der Zusammenschluß der gesamten Arbeiterklasse im Kampf gegen die soziale und politische Reaktion.

Die Kommunistische Partei fordert in dieser Situation alle Werktätigen auf, das Zustandekommen des Hindenburgischen Bürgerblocks mit allen Mitteln zu verhindern. Freigewerkschaftliche, Christ-Dankersche und Zentrumswahlkreise müssen mit aller Kraft für eine Regierung kämpfen, die folgende Forderungen verwirklicht:

1. Der Achtstundentag ohne jede Ausnahme und die Siebenstundenschicht für Berg- und Schwerarbeiter.
2. Höhere Löhne und Beseitigung jedes Lohnbruchs.
3. Ausbau der Erwerbslosenfürsorge, insbesondere durch Erhöhung der Unterstützung um 40 Prozent.
4. Ablehnung jeder Mieterhöhung und für planmäßigen Wohnungsbau.
5. Beseitigung der Monopolrechte in der Reichswehr und sofortige Entwertung Geßlers.
6. Gegen Stresemanns imperialistische Kriegspolitik und für ein Bündnis mit der Sowjetunion.
7. Sofortige Auflösung des Reichstages und Neuwahlen.

Die Arbeiter der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften, der Demokraten und des Zentrums müssen für diese Forderungen kämpfen, die von allen Werktätigen in Stadt und Land geteilt werden. Die Werktätigen müssen auf erbitterteste jede Regierung belämpfen, die sich nicht zu diesen Forderungen bekennt. Die Kommunistische Partei weiß, daß nur eine Regierung, die sich aus den Vertretern der Werktätigen zusammensetzt, daß nur eine Arbeiter- und Bauernregierung diese Forderungen verwirklichen wird.

Die Kommunistische Partei ruft alle Werktätigen auf zum Kampfe unter den Losungen:

- Nieder mit dem Hindenburgischen Bürgerblock!
- Auflösung des Reichstages und Neuwahlen!
- Her mit der Arbeiter- und Bauernregierung!

Nach dem „Umfall“ des Zentrums

Nach der Veröffentlichung des „Manifests“ der Zentrumsparlei ist die Bildung einer Bürgerblock-Regierung Hindenburgischer Richtung nur noch eine Frage von verhältnismäßig unbedeutenden Verhandlungen zwischen den Fraktionen des neuen Bürgerblocks.

Damit wird nicht nur die Regierungskrise vorläufig gelöst, sondern auch die politische Linie der Bourgeoisie in Deutschland, für eine ganze Periode festgelegt. Die Rationalisierung der Trustkapitalisten in ihrer neuen Etappe soll durchgeführt werden mit einer Regierung, die innerpolitisch bereit ist, auch nicht die geringsten Konzessionen an die Arbeiterklasse zu machen, die dagegen, durch nichts gehindert, bereit ist, den militärischen Apparat der Dawes-Republik in entscheidenden Augenblicken rücksichtslos einzusetzen, wenn im Verlauf der Krise die Linksbewegung der Arbeiterklasse zu gefährlichen Situationen führen sollte.

Die Bildung der Bürgerblock-Regierung beendet das vorangegangene Manöver der „Silverberg“-Pläne. Daß die deutsche Bourgeoisie das Manöver jetzt schon beenden kann und auch die Scheinkonzessionen zurückzieht, die nach dem Silverberg-Plan angeknüpft waren, ist ausschließlich das Verdienst der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsführer. Ihre Politik der Selbsterniedrigung und des Willens zur Ohnmacht hat dazu geführt, daß schon während dieser Regierungskrise auch die parlamentarische Initiative vollständig auf diejenige Partei der Bourgeoisie übergegangen war, die nächst der Sozialdemokratie den stärksten Einfluß in den Arbeiterkreisen besitzt: auf die Zentrumsparlei. Die große Rolle, die das Zentrum besonders in dieser Regierungskrise gespielt hat, ist nicht erklärlich aus den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen, sie ist nur erklärlich aus der Tatsache, daß die Trustbourgeoisie, die sich entschlossen hat, Hindenburg-Politik zu machen und jedes Scheinmanöver der Arbeitgemeinschaft mit der Sozialdemokratie fallen läßt. Sie braucht das Zentrum für ihren Plan der nächsten Etappen der Rationalisierung, so weit als möglich noch gefügt auf die gelben Arbeiterorganisationen, und will so die Politik der Niederschlagung der deutschen Proletariat fortzuführen.

einer Seite, mit den gelben Arbeitern auf der andern Seite, das ist der Plan der Rationalisierungsbourgeoisie, und es bezeichnet die Schwächung der Bourgeoisie und den sinkenden Einfluß der reformistischen Führung der Arbeiterklasse, daß der Gegenkandidat Hindenburgs, der Zentrumsmann Marx, den Auftrag von diesem Hindenburg erhält, die neue Bürgerblockregierung zu bilden.

In allen entscheidenden Fragen ist das Programm des Bürgerblocks zusammengefaßt in dem Zentrumsmanifest, das Programm der bürgerlichen Reaktion. Nach dem die Hindenburg Clique durch ihre Umstellung auf die Stresemannsche Außenpolitik, wie sie in der Neujahrserklärung Hindenburgs zum Ausdruck kam, ihre Reifeprüfung abgeben hat, die bisherige Führung der Großbourgeoisie abgegeben hat, hat die deutsche Volkspartei ihr Ziel erreicht, mit der größten Energie den Bürgerblock mit der Bewilligung aller Forderungen der reaktionären Kreise organisiert. Es ist richtig, daß die Erklärung der Zentrumsparlei dabei eine gewisse Schwächung vollziehen mußte. Aber es bleibt den reformistischen Verrätern und einigen linksdemokratischen Enclaves überlassen, darin einen „Umfall“ des Zentrums zu sehen. Die Zentrumsparlei hat im Gegenteil mit dieser Schwächung ein doppeltes Parteigefühl gemacht. Sie hat sowohl eine unverhältnismäßig starke Position im neuen Bürgerblock und in der Regierung selbst erreicht, sie hat zweitens, darüber kann kein Zweifel bestehen, für ihre Kräftekreisläufe besonders Konzessionen herausgeschlagen. Die „Umfälle“ vom bevorstehenden Abschluß des Konkordats der evangelischen Reaktion um Hindenburg mit den päpstlichen Kreisen in der Zentrumsparlei. (Siehe Lokalanzeiger vom 22. Januar) ist keine Enttäuschung, sondern ein ausgewachsenes fettes Gefäß, das den Zentrumsleuten in den geringen Kränzen liegt. Es liegt schon jetzt fest, daß in der Winterliste ein „katholischer Deutschland“ die für den Abschluß des Konkordats wertvolle Position einnehmen soll und der Nachfolger des Herrn Kühl wird vor allem anderen die Aufgabe haben, den Gottesfrieden der deutschen Republik mehr als ein Jahrhundert nach der Kapitulation der französischen Republik im napoleonischen Konkordat mit dem päpstlichen Stuhl zu schließen.

Wie groß das Entgegenkommen des Bürgerblocks an die „christlichen“ Bedürfnisse des Zentrums ist, das zeigt das Manifest, in dem in blühenden Phrasen von der „sittlichen Erneuerung unseres Volkstums aus dem christlichen Glauben, von der sittlichen Entwicklung unseres Volkes und insbesondere der Erziehung unserer Jugend“ gerade kein Mangel ist. Praktisch wird es bedeuten, ungehinderter Einfluß der Kirche und der Reaktion bei den bevorstehenden Versuchen, Schul- und Kulturgesetze zur Anebelung selbst des bürgerlichen Fortschritts durchzuführen.

Dieser Einigung der kulturellen Reaktion entspricht die Einigung der politischen Reaktion. Im Zentrumsmanifest nimmt dabei die Reichswehrfrage eine besondere Rolle ein. Das Zentrum weitert in dem vom Reichsbannerpräsidenten (!) Joseph Wirth mitverfaßten Manifest an patriotischen Wahlen mit den besten Hindenburgleuten. Das „christliche Zentrum“ ist wieder einmal drauf und dran, das Geschick der Einigung der imperialistischen Kriegshetze zu befragen. Die Stellung zur Reichswehr bedeutet gleichzeitig eine Festlegung auf imperialistische Außenpolitik, auf die Eingliederung in die Churchill-Front eben- so sehr wie die Eingliederung in die Front der Bürgerkriegsarmee nach innen. Und alles dies noch einmal gesagt, mit dem Segen des Führers der Republikanischen Union, des schwarzrotgehabten Freundes der Sozialdemokratie, des Herrn Joseph Wirth.

Die einzige Genossenschaft, die das Zentrum für seine Arbeiterwähler für nötig hielt, war die Aufnahme von einigen Re-

Mobilmachung in England

Englische Truppentransporte nach China

London, 23. Januar. (Telunion.)

Nach einer heute veröffentlichten Bekanntmachung des englischen Kriegsministeriums haben sich die Reservisten der Gruppe A, das heißt diejenigen Reservisten, die erst im Laufe der letzten beiden Jahre aus dem Heeresdienst ausgeschieden sind, für ihre Abberufung nach China bereitzustellen. Die Reservisten der Gruppe A sollen die bereits in Bereitschaft versetzten vier Bataillone auf Kriegsstärke bringen. Wie es heißt, soll auch ein indisches Bataillon nach China abtransportiert werden.

London, 23. Januar. (Telunion.)

Das englische Kriegsministerium veröffentlicht folgende Bekanntmachung: „Die Bataillone Infanterie haben Befehl erhalten, sich für den Abtransport von England nach China bereitzustellen. Diese vier Bataillone werden soldatensmäßig für Nationalfeldzüge ausgerüstet und durch Reservisten der Gruppe A verstärkt werden. Die Reservisten der Gruppe A umfassen die Leute, die sich beim Abgang vom Militär verpflichteten, während der nächsten zwei Jahre ihres Reservistenstandes zu den Fahnen zurückzukehren, sobald es die Umstände erforderlich machen, was nicht notwendigerweise eine allgemeine Mobilisation bedeutet. Diese Reservisten werden individuell aufgerufen und, solange sie keinen Befehl erhalten haben, braucht kein anderer Reservist einzutreten. Reservisten der Sektion B und D werden nicht aufgerufen.“ Aus dem offiziellen Communiqué ist nicht klar ersichtlich, daß praktisch die gesamten Reservisten der Gruppe A aufgerufen worden sind. Es handelt sich dabei um insgesamt 5000 Mann. Von diesen 5000 Mann wird jedoch im Augenblick nur ein Teil für den Abtransport nach China bereitgehalten, während der Rest mit späteren Truppen-

sendungen je nach Bedarf nach China abgeht. Des weiteren verläutet an maßgebender Stelle, daß neben den englischen Truppen eine indische Brigade nach China abgehen wird und bereits entsprechenden Befehl erhalten hat. Die aus Bombay vorliegenden Meldungen betragen, daß darüber dort am Donnerstag und Freitag schon Gerüchte im Umlauf waren, daß jedoch weder ein offizielles Dementi noch eine Bestätigung dieser Nachricht gegeben wurde. Aus Stalot werden bereits die Namen der für die Entsendung nach Indien in Frage kommenden Regimenter berichtet.

Schiedspruch in der sächsischen Textilindustrie

Zu den Arbeitszeitstreitigkeiten in der sächsischen Textilindustrie ist vom sächsischen Landesrichter, Oberregierungsrat Brand, jetzt ein Schiedspruch ergangen, in dem es u. a. heißt: „Die Grundlagen der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit sind zur Erzielung von Produktionserhöhungen und Produktivitätsverbesserung verpflichtet, an den Tagen von Montag bis einschließlich Freitag täglich eine Stunde Mehrarbeit mit einem Zuschlag von 3 Prozent auf den Grundlohn zu leisten. Für Nachtarbeit im Schichtwechsel ist ein Zuschlag von 15 Prozent zu gewähren. Der Schiedspruch tritt vom 1. Februar 1927 ab in Kraft und ist erstmalig mit vierwöchiger Frist am 31. Juli 1927 kündbar. Die Parteien haben sich bis zum 27. Januar, abends 6 Uhr, über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches zu erklären.“

Der Schiedspruch beläßt die Arbeitszeit unverändert, nur soll die neunten Stunde, die bisher zuzulogget war, mit 3 Prozent bezahlt werden. Die Textilarbeiter werden sich um die 3 Prozent nicht verkaufen, sondern werden auf den Kampf um den ausnahmslosen Achtstundentag bestehen.